

# Bericht

des

## Schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1953

(Vom 20. Februar 1954)

---

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1953 Bericht zu erstatten.

### A. Allgemeines

Am 1. Februar des Berichtsjahres traten die Ende Dezember 1952 gewählten Herren Bundesrichter Dr. Otto Deggeller und Dr. Werner Stoeker ihr Amt an. Auf Ende April 1953 nahm Herr Bundesrichter Walter Leuenberger, auf Ende August Herr Bundesrichter Paul Logoz den Rücktritt. Als Nachfolger wählte die Bundesversammlung die Herren Fritz Bachtler, Oberrichter in Solothurn, und Dr. René Perrin, bisher Sekretär des Bundesgerichts.

Auf Ende des Berichtsjahres ist Herr Otto Lanz, Oberrichter in Baden, als Ersatzmann des Bundesgerichts zurückgetreten und durch Herrn Dr. Peter Schaad, Oberrichter in Bern, ersetzt worden.

Gestützt auf Artikel 715 ZGB und Artikel 15 SchKG hat das Bundesgericht unterm 23. Dezember 1953 eine Verordnung über Ergänzung und teilweise Änderung seiner Verordnung von 1910/1932 betreffend die Eintragung der Eigentumsvorbehalte erlassen, die am 1. April 1954 in Kraft treten wird (AS 1954, 273).

Auf dem Gebiete des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts wurden zwei Kreisschreiben an die kantonalen Aufsichtsbehörden erlassen, nämlich

Nachtrag zum Kreisschreiben Nr. 31 betreffend Betreibungsbuch in Kartenform (BBl 1953, I, 753), und

Kreisschreiben Nr. 32 über Massnahmen betreffend militärisch zur Requisition belegte Fahrzeuge (BBl 1953, II, 592).

Vernehmlassungen wurden erstattet:

dem Delegierten für wirtschaftliche Landesverteidigung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesverteidigung;

dem Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement zum Vorentwurf eines Allgemeinen Teils des Bundessteuerrechts.

Im ordentlichen Geschäftsbereich des Bundesgerichts ist die in den Jahren 1950 bis 1952 festgestellte leicht rückläufige Tendenz der Zahl der neu eingegangenen Fälle wieder von einer Zunahme abgelöst worden. Die Gesamtzahl ist von 2076 im Jahre 1952 auf 2232 im Berichtsjahre, also um 156 Fälle gestiegen. Die Zunahme erstreckt sich auf alle Rechtsgebiete mit Ausnahme des stationär gebliebenen Strafrechts. Vom stärksten Zuwachs (102) bei den staatsrechtlichen Streitigkeiten entfallen allerdings rund  $\frac{3}{4}$  auf konnexe Enteignungsfälle.

## Statistik über die Erledigungen von 1949 bis 1953

Natur der Streitsache	1949			1950			1951			1952			1953			Auf 1954 übertragen
	Von 1948 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1949 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1950 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1951 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1952 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	
<i>I. Zivilsachen:</i>																
1. Direkte Prozesse . . . . .	16	9	14	11	10	9	12	9	7	14	8	11	11	12	11	12
2. Berufungen gegen Urteile kantonaler Gerichte . . . . .	83	393	418	58	460	412	106	470	467	109	434	433	110	439	442	107
3. Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	4	7	9	2	10	11	1	9	9	1	14	12	3	11	11	3
4. Andere Zivilsachen (Revi- sions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren) . . . . .	5	11	12	4	14	16	2	16	15	3	7	7	3	12	12	3
<i>II. Strafsachen</i> . . . . .	53	540	527	66	552	570	48	535	526	57	486	492	51	485	457	79
<i>III. Staatsrechtliche Strei- tigkeiten</i> . . . . .	191	897	908	180	830	838	172	749	735	186	743	731	198	845	823	220
<i>IV. Verwaltungsverfahren Streitigkeiten</i> . . . . .	80	265	275	70	227	234	63	213	193	83	206	187	102	238	226	114
<i>V. a. Beschuwerden betr. das Schuldbeitreibungs- und Konkurswesen . . . . .</i>	14	188	202	—	194	191	3	176	170	9	175	175	9	189	196	2
<i>b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeinde- und Ban- ken-Sanierungen . . . . .</i>	1	2	3	—	1	—	1	2	1	2	—	2	—	—	—	—
<i>VI. Freiwillige Gerichtsbarkeit.</i>	1	7	8	—	7	7	—	4	4	—	3	3	—	1	1	—
Total	448	2319	2376	391	2305	2288	408	2183	2127	464	2076	2053	487	2232	2179	540

Natur der Streitsache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte										Mittlere Dauer von der Erledigung bis zur Zustellung des Urteils bzw. Beschlusses		
		Bis 1 Monat (= 30 Tage)						Mehr als 2 Jahre		Grösste Dauer			Mittlere Dauer	
		1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Jahre	Monate	Tage	Monate	Tage			
<i>I. Zivilsachen:</i>														
1. Direkte Prozesse . . . . .	11	3	1	3	1	3	3	2	15	2	14	2	20	
2. Berufungen . . . . .	442	116	123	27	9	—	—	2	5	2	2	29	44	
3. Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	11	5	2	—	—	—	—	—	21	—	—	11	11	
4. Revisionsbegehren, Er-läuterungsbegehren und Moderationsgesuche . . . . .	12	5	2	—	2	—	—	—	—	—	4	24	12	
<i>II. Strafsachen . . . . .</i>	457	257	49	15	3	1	2	9	24	1	1	19	20	
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten und Expropriationen . . . . .</i>	823	248	155	70	19	13	5	5	16	2	2	23	18	
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten . . . . .</i>	226	19	78	31	12	—	1	8	—	4	4	12	39	
<i>V. Beschwerden betr. das Schuld-betreibungs- und Konkurs-wesen . . . . .</i>	196	185	11	—	—	—	—	3	—	—	—	9	18	
Total	2178	898	708	146	46	17								

## Zahl der Sitzungen im Jahre 1953

Gesamtgericht . . . . .	1
I. Zivilabteilung . . . . .	35
II. Zivilabteilung . . . . .	46
Staatsrechtliche Kammer . . . . .	40
Verwaltungsrechtliche Kammer . . . . .	19
Kassationshof . . . . .	32
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer . . . . .	4
Anlagekammer . . . . .	7
Bundesstrafgericht . . . . .	2
	Total 186

**B. Spezieller Teil****I. Zivilrechtspflege**

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1953 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1952 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1954 übertragen
1. Direkte Prozesse (Art. 41 und 42 OG) . . . . .	11	12	23	11	12
2. Berufungen (Art. 43 f. OG) . . . . .	110	439	549	442	107
3. Nichtigkeitsbeschwerden (Art. 68) . . . . .	3	11	14	11	3
4. Revisions-, Erläuterungs- und Modera- tionsbegehren . . . . .	3	12	15	12	3
Total	127	474	601	476	125

Von den Berufungen wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	57
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	75
Gutheissung . . . . .	67
Abweisung . . . . .	228
Rückweisung an die Vorinstanz . . . . .	15
	442

Von den 107 auf 1954 übertragenen Berufungen stammen: eine aus dem Jahre 1951, drei aus dem Jahre 1952; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 68 in den Monaten November und Dezember).

## II. Strafrechtspflege

1. Die Anklagekammer hatte sich mit 26 Fällen (Vorjahr 39) zu befassen – wovon 6 aus dem Jahre 1952 –, und zwar mit

- a. der Aufsicht über 5 Voruntersuchungen, nämlich wegen
  - Ausstellung falscher Domizilbescheinigungen,
  - politischen Nachrichtendienstes,
  - militärischen, eventuell wirtschaftlichen Nachrichtendienstes,
  - Vergehen gegen die amtlichen Pflichten,
  - Nachrichtendienstes gegen fremde Staaten.
- b. 20 Gerichtsstandsstreitigkeiten, davon 12 unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 8 Fällen wurde der Gerichtsstand auf Begehren einer Partei bestimmt;

1 Rechtshilfestreit zwischen kantonalen Untersuchungsbehörden und der Post-, Telephon- und Telegraphenverwaltung.

2. Das Bundesstrafgericht hat den Fall Arnold Emil in einer 7tägigen und den Fall Roessler und Schnieper in einer 4tägigen Sitzung erledigt. Neun Gesuchen um Löschung im Strafregister wurde entsprochen; 4 Gesuche um Wiedereinsetzung in die bürgerliche Ehrenfähigkeit wurden gutgeheissen; ein Moderationsgesuch wurde als durch Rückzug erledigt am Geschäftsregister abgeschrieben.

3. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 487 (im Vorjahr 496), davon 41 aus dem Jahre 1952.

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	164
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	35
Gutheissung . . . . .	31
Abweisung . . . . .	188

413

Die auf 1954 übertragenen Beschwerden sind, mit Ausnahme von 3 Fällen, alle im Berichtsjahr eingegangen, 22 davon im Monat Dezember.

Von den insgesamt 413 erledigten Geschäften wurden 258 gemäss Artikel 275<sup>bis</sup> BStP vom Dreierausschuss des Kassationshofes behandelt.

4. Ausserordentlicher Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 7; davon sind fünf Revisionsgesuche und eine Beschwerde wegen Unzuständigkeit abgewiesen und ein Geschäft ist auf das Jahr 1954 übertragen worden.

## III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1953 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1954 übertragen
1. Kompetenzkonflikte (Art. 83 a OG) . . .	2	1	3	1	2
2. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83 b OG) . . . . .	1	3	4	2	2
3. Streitigkeiten zwischen Vormundschaftsbehörden verschiedener Kantone (Art. 83 e OG) . . . . .	—	1	1	1	—
4. Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte der Bürger (Art. 84 a OG) . . . . .	177	715	892	707	185
5. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84 c OG) . . . . .	—	8	8	2	6
6. Beschwerden wegen Verletzung bundesrechtlicher Vorschriften über die Zuständigkeit der Behörden (Art. 84 d OG) . .	—	3	3	3	—
7. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85 a OG) . . . . .	1	15	16	11	5
8. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten . . . . .	1	2	3	3	—
9. Revisions- und Erläuterungsbegehren (Art. 136 ff OG) . . . . .	8	9	17	16	1
10. Rekurse in Enteignungssachen . . . .	8	88	96	77	19
Total	198	845	1043	823	220

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	209
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	183
Gutheissung . . . . .	102
Abweisung . . . . .	329
	823

283 Fälle wurden durch den gemäss Artikel 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 13 Fälle von der I. Zivilabteilung, 20 Fälle von der II. Zivilabteilung, 2 Fälle von der verwaltungsrechtlichen Kammer und 30 Fälle vom Kassationshof.

Von den 220 auf 1954 übertragenen Geschäften stammen: eines aus dem Jahre 1934, 4 aus dem Jahre 1945, je eines aus den Jahren 1947, 1948 und 1950, 5 aus dem Jahre 1951, 10 aus dem Jahre 1952; hievon konnten 16 wegen gleichzeitiger Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer andern Behörde noch nicht behandelt werden. Die übrigen Geschäfte sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 94 in den Monaten November und Dezember).

Es wurden 123 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Artikel 94 OG erledigt.

14 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungsaustausch mit dem Bundesrat oder den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

#### IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1953 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1954 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben (Art. 97 und 98 OG)</i> . . . . .	50	116	166	111	55
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. Registersachen . . . . .	8	28	36	30	6
2. Zollsachen . . . . .	6	7	13	7	6
3. Bürgerrecht . . . . .	—	1	1	—	1
4. Spielbanken . . . . .	1	1	2	1	1
5. Wasserrecht . . . . .	—	2	2	—	2
6. Weitere Fälle (Art. 100 OG) . . . . .	—	24	24	12	12
7. Schutz der Uhrenindustrie . . . . .	25	42	67	49	18
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. gegen den Bund (Art. 110 OG) . . . . .	5	10	15	8	7
b. aus dem Beamtenverhältnis (Art. 110 a OG) . . . . .	3	2	5	4	1
IV. <i>Anstände über Befreiung von kantonalen Abgaben (Art. 111 a OG)</i> . . . . .	1	2	3	1	2
V. <i>Disziplinarrechtspflege (Art. 117 ff. OG)</i> . . . . .	3	3	6	3	3
Total	102	238	340	226	114



Von den 340 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch:

Nichteintreten . . . . .	26
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	58
Gutheissung . . . . .	35
Abweisung . . . . .	107
	<hr/>
	226

Von den 114 übertragenen Geschäften stammen 1 aus dem Jahre 1949, 6 aus dem Jahre 1951, 11 aus dem Jahre 1952 und die übrigen aus dem Jahre 1953 (davon 31 aus den Monaten November und Dezember).

### V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 198 (14 mehr als im Vorjahre). Erledigt wurden 196, so dass 2 Fälle auf das Jahr 1954 übertragen werden mussten.

Die Erledigung erfolgte durch:

Nichteintreten . . . . .	29
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	3
Gutheissung . . . . .	37
Abweisung . . . . .	127
	<hr/>
	196

Inspektionen wurden in diesem Jahre keine vorgenommen.

Nur wenige Berichte der kantonalen Aufsichtsbehörden gaben zu Bemerkungen und Rückfragen Anlass.

Aus den Bescheiden der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer an eidgenössische und kantonale Behörden sowie an Private ist folgendes zu erwähnen:

a. Das Eidgenössische Amt für geistiges Eigentum hat festgestellt, dass Artikel 11 des Markenschutzgesetzes vom 26. September 1890 von den Betreibungs- und Konkursämtern bisweilen nicht beachtet wird. Es komme recht häufig vor, dass entgegen der erwähnten Norm eine Marke für sich allein verwerdet werde statt nur mit dem Geschäft, dessen Erzeugnissen sie zur Unterscheidung dient. Wir stellten es dem Eidgenössischen Amt für geistiges Eigentum anheim, die Betreibungs- und Konkursämter über die markenrechtlichen Vorschriften aufzuklären.

b. Der Touring-Club der Schweiz hält im Interesse des internationalen Reiseverkehrs eine Arrestierung ausländischer Motorfahrzeuge in Schadensfällen für unerwünscht und angesichts des (nach dem Bundesratsbeschluss vom 20. Januar 1953) bestehenden Versicherungsschutzes auch für unnötig. Er wirft die Frage auf, ob die Versicherung etwa einer die Arrestnahme ausschliessenden Pfandbestellung gleichgestellt werden könnte. Um das Anwendungsgebiet des Artikels 271 Ziffer 4 SchKG einzuschränken, bedarf es aber einer Gesetzesänderung.

Und ob sich bereits die geltende Vorschrift im Sinne des Postulates des TCS auslegen lasse, können nicht die Betreibungsbehörden, sondern nur die Arrestbehörden und gegebenenfalls die Gerichte im Arrestaufhebungsprozess entscheiden. Auf die Arrestbewilligung und -aufhebung lässt sich auch die Verordnungs-kompetenz des Bundesgerichtes nach Artikel 15 SchKG nicht beziehen.

c. Ein aargauischer Notar nahm Anstoss an der Durchführung freiwilliger Steigerungen durch Betreibungsämter. Dies sind jedoch kantonale Beamten, denen der kantonale Gesetzgeber neben der Durchführung des bundesrechtlichen Betreibungsverfahrens noch andere Befugnisse zuweisen kann. Ob einem Betreibungsamte die Durchführung einer freiwilligen Steigerung zustehe, ist somit eine Frage des kantonalen Rechtes.

*Eisenbahn- und Gemeindegemeinschaften*

sind im Berichtsjahre keine hängig geworden.

### VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

Den Jahresberichten der Präsidenten über die Geschäftsführung entnehmen wir folgende Angaben:

- Kreis I: Von 22 Geschäften (militärische Anlagen 1, PTT 1, SBB 13, Kraftwerke 7) wurden 14 erledigt.
- Kreis II: Von 12 Geschäften (militärische Anlagen 1, SBB 1, Privatbahnen 2, Kraftwerke 7, Strassenbauten 1) wurden 5 erledigt.
- Kreis III: Von 6 Geschäften (militärische Anlagen 3, PTT 1, SBB 2) wurden 4 erledigt.
- Kreis IV: Von 8 Geschäften (militärische Anlagen 1, SBB 2, Kraftwerke 2, Elektrizitätswerke 1, Strassenbauten 2) wurden 3 erledigt.
- Kreis V: Von 14 Geschäften (militärische Anlagen 5, PTT 1, SBB 1, Kraftwerke 2, Strassenbauten 5) wurden 6 erledigt.
- Kreis VI: Von 6 Geschäften (militärische Anlagen 1, PTT 2, Privatbahnen 1, Kraftwerke 2) wurden 5 erledigt.
- Kreis VII: Von 22 Geschäften (militärische Anlagen 1, SBB 3, Kraftwerke 18) wurden 5 erledigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, den 20. Februar 1954.

Im Namen des Schweizerischen Bundesgerichtes,

Der Präsident:

**Python**

Der Gerichtsschreiber

**Heiz**